

453
523

WIENER RATHAUS KORRESPONDENZ.
Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michu.
25. Jahrg. Wien, 9. Dezember 1915. Abends. Nr. 453.

Obmänner-Konferenz. In Ausführung eines Beschlusses der Obmänner-Konferenz vom 7. d.M. erschienen gestern vormittags Bürgermeister Dr. Weiskirchner mit den Obmännern der Gemeinderatsparteien, den Gemeinderäten Steiner, Dr. Hein und Reumann sowie in Begleitung des Gaswerksdirektors Menzel beim Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh, um über die in der Kohlenversorgung der städtischen Gaswerke eingetretenen Schwierigkeiten Vorstellung zu erheben und um von der Regierung rascheste Abhilfe zu erwirken. Bei dieser Besprechung, welcher der Arbeitsminister Trnka, Sektionschef Ritter von Homann, Sektionschef Burger und Hofrat Karasek vom Eisenbahn-Ministerium beiwohnten, überreichte der Bürgermeister dem Minister-Präsidenten ein Kalendarium über die seitens der Gemeindevertretung in dieser wichtigen Angelegenheit bereits unternommenen Schritte, schilderte die gegenwärtige Situation und betonte, daß selbst eine Drosselung des Gaskonsums den bisherigen Ausfall in der Kohlenlieferung nicht wettzumachen imstande sei. Sollte nicht in allernächster Zeit eine wesentliche Steigerung in der Kohlenanlieferung möglich sein, würden bereits im Jänner Verhältnisse eintreten, deren Konsequenzen nicht abzusehen wären.

Nach Erstattung eines eingehenden Berichtes des Gaswerksdirektors Menzel gab der Arbeitsminister Trnka sowie Sektionschef Ritter von Homann die Erklärung ab, daß sowohl die Produktion genügend als auch die vorhandenen Lagervorräte in den Kohlenrevieren hinreichend seien. Der Arbeitsminister sei sogar in der Lage die Produktion noch zu heben. Die großen Schwierigkeiten seien nur auf den Mangel an Waggons und die Instradierung derselben nach Wien zurückzuführen. Die Anregung des Bürgermeisters, daß die Gemeinde Wien nicht bloß in die 1. Gruppe der für die Kohlenversorgung in Betracht kommenden Faktoren eingereiht werde, sondern der Gemeinde Wien auch ein Minimalquantum garantiert werde, fand bei den Vertretern der Zentralbehörden Anklang.

Aus den Entgegnungen der Regierungsvertreter erhielten die Mitglieder der Gemeindevertretung den Eindruck, daß die Regierung alles aufbieten werde, um den berechtigten Wünschen der Gemeinde Rechnung zu tragen.

In der heute unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner abgehaltenen Obmännerkonferenz wurde das Ergebnis der Konferenz beim Ministerpräsidenten zur Kenntnis genommen und beschlossen, nach wie vor auf der Forderung, daß die Gemeinde Wien in die 1. Klasse der Kohlenbezieher einzureihen sei, zu bestehen und weiters die Forderung zu erheben, daß der Gemeinde Wien ein bestimmtes tägliches Mindestquantum an Kohle gewährleistet werde.

Die Obmänner-Konferenz nahm hierauf Stellung zu dem Ansuchen der städtischen Beamtenschaft um Bewilligung einer Kriegsteuerzulage und beschloß nach einem Referate des Vizebürgermeisters Hoß, in Abänderung des Stadtratsbeschlusses vom 12. Mai d.J. die Bezugsgrenze für den Anfall der Kriegsteuerzulage, bis zu welcher dieselbe den Angestellten der Gemeinde Wien, die für ihre Gattin oder ihre Kinder unter 16 Jahren zu sorgen haben, gewährt wird, von 3000 auf 4000 Kronen mit der Wirksamkeit vom 1. Dezember d.J. an hinaufzusetzen.

Hierauf befaßte sich die Obmännerkonferenz mit der Frage der Wiederbesetzung erledigter Lehrstellen während der Kriegedauer. Bürgermeister Dr. Weiskirchner betonte, daß während der Kriegszeit die Besetzung erledigter Lehrstellen über ausdrücklichen Wunsch der Lehrerschaft unterblieben sei, damit nicht die im Felde stehenden Lehrpersonen geschädigt würden. Die nicht voraussehende lange Dauer des Krieges habe nun bei der Lehrerschaft das Verlangen gezeitigt, daß die Ausschreibung der erledigten Lehrstellen doch in nächster Zeit durchgeführt werde. Dieser Bitte der Lehrerschaft entsprechend, beschloß die Obmännerkonferenz nach dem Antrage des Vizebürgermeisters Hoß an den Landesschulrat das Ersuchen zu richten, den k.k. Bezirksschulrat Wien anzuweisen, die seit Kriegsbeginn erledigten definitiven Lehrstellen an den Volks- und Bürgerschulen Wiens für männliche und weibliche Lehrpersonen nunmehr und zwar zum Februartermin 1916 auszuschreiben und hierbei die Bewerbung der in Betracht kommenden Lehrpersonen, die gegenwärtig zur militärischen Dienstleistung einberufen und infolgedessen nicht in der Lage sind, sich um die fraglichen Stellen zu bewerben, als gegeben anzusehen.

In der heutigen Stadtratssitzung berichtete Vizebürgermeister Hoß ~~dem~~ ^{und} Stadtrat Tomola über diese beiden Angelegenheiten. Die Anträge gelangten zur unveränderten Annahme.